

EU-Informationen der HSS- Verbindungsstelle Brüssel

März 2011

Dr. Ekkehard Rohrer / Christian Forstner / Johannes Börmann

Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene vom 28. Februar bis zum 06. März 2011

I. Institutionelle Angelegenheiten

1. Mehr Rechtssachen aber kürzere Verfahrensdauer vor EuGH

Im Jahr 2010 gingen beim Europäischen Gerichtshof 631 neue Rechtssachen ein, die bisher höchste Zahl (2009: 562). 522 Rechtssachen wurden abgeschlossen (209: 543). Die durchschnittliche Dauer der Vorabentscheidungsverfahren lag bei 16.1 Monaten, dem niedrigsten bekannten Wert. Bei Klagen und Rechtsmitteln wurden 16.7 bzw. 14.3 Monate verzeichnet. Auch beim Gericht wurde 2010 mit 636 Rechtssachen (2009: 568) der bisher höchste Wert erzielt. 527 Rechtssachen wurden erledigt. Die durchschnittliche Verfahrensdauer ging auf 24.7 Monate zurück (2009: 27.2 Monate). Beim Gericht für den öffentlichen Dienst stieg die Zahl der Rechtssachen auf 139 (2009: 113). Erledigt wurden 129 Rechtssachen (2009: 155).

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2011-03/cp110013de.pdf>

II. Internationales und Entwicklungspolitik

a) Internationales

1. Europäische Union verhängt Sanktionen gegen libysche Führung

Der Rat setzte am 28.02. die Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 26. 02. über Sanktionen gegen Libyen um. Die Sanktionen umfassen (i) ein Embargo auf Waffen, Munition und Ausrüstungen, die zur Repression der Demonstranten verwendet werden könnten, (ii) das Einfrieren von Vermögenswerten und (iii) ein Einreiseverbot für Oberst Gaddafi, Mitglieder seiner Familie und andere Personen, die an dem gewaltsamen Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung beteiligt sind. Der Rat erweiterte den Visumbann auf 10 und das Einfrieren von Vermögenswerten auf 20 weitere Personen. Die Verhandlungen über ein Rahmenabkommen zwischen der EU und Libyen und die laufenden Kooperationsverträge mit dem Land wurden mit Wirkung vom 22. 02. ausgesetzt.

<http://www.consilium.europa.eu/showFocus.aspx?id=1&focusId=565&lang=de>

<http://www.consilium.europa.eu/showFocus.aspx?id=1&focusId=568&lang=de>

2. EU-Mitgliedstaaten solidarisch in Libyen-Krise

Die Außen-, die Innen- und die Verteidigungsminister der EU haben sich Ende Februar getroffen, um eine Einschätzung der Lage vorzunehmen. Der Präsident des Europäischen Rates hat für den 11. 03. eine Sondersitzung des Europäischen Rates insbesondere zu Libyen einberufen. In großer Solidarität stimmen sich die Mitgliedstaaten untereinander ab, um ihre

Staatsangehörigen in die Heimat zurückzuholen, und solidarisch haben sie eine gemeinsame Grenzschutzoperation in Italien eingeleitet. Seit dem 23. 02. war das Beobachtungs- und Informationszentrum (MIC) als Teil des Unionsverfahrens für den Katastrophenschutz dabei behilflich, die Mittel für die Evakuierung, auch auf dem Seeweg, zu sondieren und zu mobilisieren. Humanitäre Hilfe wird gerade in die Region entsandt.

<http://www.consilium.europa.eu/showFocus.aspx?id=1&focusId=568&lang=de>

3. Kommission will Partnerschaft für Demokratie mit arabischen Ländern

Die EU-Kommission fordert ein Ende des Gaddafi-Regimes in Libyen und zieht weitreichende Konsequenzen aus der Demokratiebewegung in der arabischen Welt. Kommissionspräsident José Manuel Barroso kündigte am 02.03. in Brüssel eine "Partnerschaft für Demokratie und geteilten Wohlstand" an.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/9781_de.htm

4. Europäische Union hat weltweiten Einfluss

In einer Rede am 25.02. erläuterte EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton, dass die Stärke der EU paradoxerweise darin liege, dass sie kein Staat sei und keine traditionelle militärische Macht einsetzen könne. Ihr Einfluss beruhe darauf, dass sie als ehrlicher Makler für Demokratie, Entwicklung und Rechtstaatlichkeit auftreten könne. Der neue Auswärtige Dienst wiederum gewinne Einfluss, weil er zunehmend Vertrauen finde. Wo auch immer sie hinkomme wollten politische Führer, die Wirtschaft und die Zivilgesellschaft Partner Europas sein. Dieser Wunsch sei nicht in Gefühlen, sondern in der Überzeugung, dass diese Partnerschaft im nationalen Interesse liege, begründet. Wenn die Interessen der 27 Mitgliedstaaten konvergieren könne die EU eine postimperiale Partnerschaft in einer postimperialen Zeit bieten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/11/126&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

5. Kroatien muss im Bereich Justiz und Grundrechte nachbessern

In ihrem Zwischenbericht vom 02.03. kommt die Kommission zu dem Ergebnis, dass Kroatien beim Erweiterungskapitel 23 – Justiz und Grundrechte – noch erhebliche Anstrengungen erbringen muss. Kroatien müsse insbesondere im Bereich Justiz und Korruptionsbekämpfung eine überzeugende Leistungsbilanz vorweisen, die Strafverfolgung von Kriegsverbrechen intensivieren und die noch ausstehenden Fragen im Zusammenhang mit der Rückkehr von Flüchtlingen lösen, bevor dieses Kapitel vorläufig geschlossen werden könne. Kommissar Füle hielt den von Kroatien und der ungarischen Präsidentschaft angestrebten Abschluss der Beitrittsverhandlungen im Juni für „sehr ambitioniert“. Von 35 Kapiteln seien allerdings schon 28 geschlossen und weitere könnten kurzfristig folgen, darunter Wettbewerb und Landwirtschaft..

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/244&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/enlargement/candidate-countries/croatia/index_de.htm

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/11/138&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en> (Rede Füle)

6. Montenegro auf gutem Weg zu EU-Beitritt

Nach seinem Treffen mit dem montenegrinischen Premierminister Lukšić erklärte Kommissionspräsident Barroso am 03.03. in Brüssel, dass er sehr zufrieden mit den

Bemühungen der montenegrinischen Regierung sei. Besonders hervorzuheben sei der detaillierte Aktionsplan mit dem auf die in der Stellungnahme der Kommission aufgeführten Mängel eingegangen wird. Es komme nun auf eine gewissenhafte Umsetzung an.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/11/147&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

7. Einigung über Beistandsprogramm der EU für Ukraine

Kommissar Štefan Füle unterzeichnete am 03.03. ein „Memorandum of Understanding“ zum „National Indicative Programme for Ukraine“ über €470 Mio. für 2011-2013. Prioritäten sind gute Staatsführung und Rechtsstaatlichkeit sowie nachhaltige Entwicklung. Mit diesen Mitteln soll der Abschluss des Assoziierungsabkommens unter Einschluss eines umfassenden Freihandelsabkommens gefördert werden. Etwa 41 Mio. EUR sind für die Institutionenbildung und 31 Mio. für regionale Pilotprojekte im Rahmen der östlichen Partnerschaft bestimmt. Die EU kooperiere bereits mit der Ukraine bei der Ausarbeitung von spezifischen Programmen..

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/250&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/133&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

8. EU begrüßt neuen Ministerpräsidenten in Tunesien

Die EU-Außenbeauftragte, Catherine Ashton, begrüßte am 28.02. die rasche Bekanntgabe der Ernennung von Herrn Béji Caïd-Essebsi zum neuen Ministerpräsidenten durch die tunesischen Behörden. Ermutigend sei ferner, dass bereits für Mitte Juli Neuwahlen angesetzt wurden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/233&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

9. Kommission aktiviert EU Katastrophenschutzverfahren für Neuseeland

Auf Ersuchen Neuseelands wurde am 28.02. das Katastrophenschutzverfahren der EU aktiviert. Es dient der Koordinierung der Unterstützung aus Europa für Neuseeland nach dem Erdbeben vom 22. Februar. Die 31 an dem Verfahren beteiligten Länder wurden über die Bedürfnisse vor Ort informiert und das Beobachtungs- und Informationszentrum der Europäischen Kommission hält sich zur effizienten Gestaltung der Hilfsangebote zu ihrer Verfügung.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/232&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/echo/civil_protection/civil/index.htm

b) Außenhandel

1. Partnerschaftsabkommen mit Kamerun und Republik Kongo zu Holzhandel

Der Rat fasste am 28.02. zwei Beschlüsse über den Abschluss von Freiwilligen Partnerschaftsabkommens zwischen der EU und der Republik Kongo sowie der Republik Kamerun über Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor sowie über die Einfuhr von Holzprodukten in die EU (FLEGT).

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st10/st10028.de10.pdf> (Kongo)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st12/st12796.de10.pdf> (Kamerun)

c) Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

1. Hilfe für humanitären Bedarf in Libyen

Die Kommission hat am 04.03. 30 Mio. EUR zur Deckung humanitären Bedarfs in Libyen und seinen Nachbarländern bewilligt. Mit dieser Soforthilfe sollen medizinische Versorgungsmittel und Nahrungsmittel, Schutzunterkünfte und Grundausstattungen wie Matratzen, Decken und Hygienesets sowohl für Libyer als auch für in Libyen lebende Flüchtlinge, die vor der Gewalt in die Nachbarländer fliehen, bereitgestellt werden. Europäische Soforthilfe soll auch zur Deckung möglichen humanitären Bedarfs innerhalb Libyens geleistet werden, sobald die Sicherheitslage in dem Land eine angemessene Bewertung zulässt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/254&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

III. Arbeit, Gesundheit, Soziales, Chancengleichheit

a) Arbeit

1. Richtlinie zur Patientenfreizügigkeit endgültig verabschiedet

Der Rat verabschiedete am 28.02. nach dem Europäischen Parlament den zwischen den beiden Institutionen gefundenen Kompromisstext über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung. Die Mitgliedstaaten haben nunmehr 30 Monate zur Umsetzung der Richtlinie. Darin wird klargestellt, dass Unionsbürgern nicht nur in Notfällen bei ambulanter Behandlung ein Anspruch auf Erstattung der Kosten einer Heilbehandlung im Ausland zusteht. Bei stationärer Behandlung, bei Einsatz besonders aufwändiger Verfahren wie etwa Kernspintomographie oder bei Risiken für die Gesundheit des Patienten muss vorher eine Genehmigung eingeholt werden. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn keine Gefahren bestehen und wenn keine Behandlung zeitnah im Heimatland erfolgen kann.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lsa/119514.pdf

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/pe00/pe00006.de11.pdf> (Richtlinie)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st06/st06590-ad01re02.de11.pdf> (Erklärungen)

2. Europäischer Gerichtshof erzwingt Unisex-Tarife bei Versicherungen

Wie von Generalanwältin Juliane Kokott vorgeschlagen, entschied der Europäische Gerichtshof, dass die Berücksichtigung des Geschlechts bei Prämien und Leistungen im Versicherungssektor gegen das Verbot der Diskriminierung verstößt. Während Frau Kokott allerdings eine dreijährige Übergangsfrist ab Erlass des Urteils vorsah, verfügte der Gerichtshof, dass bereits ab 21.12.12 für neue Verträge nur noch geschlechtsneutrale Tarife angeboten werden dürfen. Kommissionsvizepräsidentin Viviane Reding begrüßte dieses Urteil als wichtigen Schritt zur Sichtbarmachung der Grundrechtscharta der EU. Sie werde in den nächsten Monaten ein Treffen mit Vertretern der Versicherungsbranche anberaumen um über die Auswirkungen des Urteils zu sprechen.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2011-03/cp110012de.pdf> (PM EuGH)

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=rechercher&numaff=C-236/09> (Urteil)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/123&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

3. Kommission will höheren Frauenanteil in Vorstandsetagen erzwingen

Die Kommission beriet am 01.03. mit Vertretern großer börsennotierter Unternehmen, ob der Frauenanteil in Vorstandsetagen über Selbstverpflichtung oder über gesetzliche Regelungen erhöht werden soll. Frauen stellten in den größten börsennotierten Unternehmen im EU-Durchschnitt 12% der Vorstandsmitglieder und nur 3% der Vorstandsvorsitzenden. Zu diesem Ergebnis kommt ein am 01.03. von der Kommission vorgestellter Bericht über das Geschlechtergleichgewicht. Kommissionsvizepräsidentin Viviane Reding leitete das Treffen gemeinsam mit Gertrude Tumpel-Gugerell, Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank. Reding will den Unternehmen 12 Monate als letzte Chance für eine Selbstverpflichtung geben. Ihr Ziel sei ein Frauenanteil von 30% bis 2015 und 40% bis 2020, notfalls per Gesetz.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/242&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/124&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=6562&langId=en>

4. Arbeitslosenquote des Euroraums im Januar bei 9.9%, EU bei 9.5%

Im Euroraum (ER17) lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Januar 2011 bei 9,9%, gegenüber 10,0% im Dezember 2010. Im Januar 2010 hatte sie 10,0% betragen. In der EU27 lag die Arbeitslosenquote im Januar 2011 bei 9,5%, gegenüber 9,6% im Dezember 2010. Im Januar 2010 hatte sie 9,5% betragen. Von den Mitgliedstaaten verzeichneten die Niederlande und Österreich (je 4,3%) und Luxemburg (4,7%) die niedrigsten Arbeitslosenquoten. Die höchsten Quoten meldeten Spanien (20,4%), Lettland (18,3% im dritten Quartal 2010) und Litauen (17,4% im vierten Quartal 2010). Im Januar 2011 lag die Arbeitslosenquote in den USA bei 9,0% und im Dezember 2010 in Japan bei 4,9%.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/11/31&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Gesundheit

1. Öffentliche Konsultation zu grenzüberschreitenden Gesundheitsrisiken

Die Kommission startete am 04.03. eine bis 29.04. laufende öffentliche Anhörung zu möglichen Maßnahmen welche die Kommission ergreifen sollte, um die Bürger besser gegen grenzüberschreitende Gesundheitsgefahren wie Umweltkatastrophen oder chemische, biologische, atomare und radiologische Zwischenfälle zu schützen. Damit sollen die bisherigen Ansätze bei Infektionskrankheiten ausgeweitet werden

http://ec.europa.eu/health/preparedness_response/consultations/preparedness_cons_02_en.htm

http://ec.europa.eu/health/preparedness_response/policy/index_en.htm

2. Gesundheitskommissar John Dalli setzt auf Telemedizin

In seiner Rede am 01.03. bei der Telemedizin-Konferenz auf der Computermesse CeBIT betonte Kommissar Dalli, dass durch moderne Technik etwa chronisch Erkrankten oder älteren, unbeweglichen Menschen effizient geholfen werden könne. Bei einem EU-geförderten Pilotprojekt in Deutschland seien von 130 Patienten 60 Prozent weniger in ein Krankenhaus überwiesen und 70 Prozent hätten dort einen kürzeren Aufenthalt gehabt. Innerhalb der EU

müssten jedoch die Systeme noch besser aufeinander abgestimmt werden, damit sie grenzüberschreitend funktionierten. "Telemedizin kann effizienter sein als konventionelle Behandlungsmethoden und ihre Vorteile wiegen die Kosten auf", bekräftigte der Kommissar.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/9778_de.htm

http://ec.europa.eu/deutschland/pdf/european_agenda/speech_john_dalli.pdf

IV. Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

a) Landwirtschaft

1. Klimabelastung durch Viehzucht geringer als bisher angenommen

Die Gemeinsame Forschungsstelle der EU kam zu dem Ergebnis, dass die europäische Viehzucht nur auf 661 Mio. t CO₂-Äquivalent und damit nur auf 9.1-12.8% der gesamten EU-Emissionen (2004) komme. Der FAO Bericht "Livestock's long shadow" von 2006 sei noch auf 18% gekommen.

http://ec.europa.eu/agriculture/analysis/external/livestock-gas/index_en.htm

V. Binnenmarkt und Wettbewerbsrecht

a) Binnenmarkt

1. Anhörung zu erleichterter Zulassung von ausländischen Kraftfahrzeugen

Die Kommission startete am 03.03. eine bis 26.05. laufende öffentliche Konsultation zur grenzüberschreitenden Zulassung von Kraftfahrzeugen. So verlangten die Mitgliedstaaten, dass Fahrzeuge, die ständig in ihrem Hoheitsgebiet verbleiben, über lokale Behörden und gemäß nationalen Bestimmungen zugelassen werden, die in den verschiedenen Ländern der EU auf eine unkoordinierte Art und Weise angewandt werden. Mit der Konsultation soll den Bürgern und anderen Interessenträgern eine Möglichkeit geboten werden, ihre Meinung zur Fahrzeugzulassung kundzutun und somit Einfluss auf die Gestaltung von Maßnahmen zu nehmen, mit denen ein weiteres Hindernis für den freien Waren- und Dienstleistungsverkehr beseitigt werden kann.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/252&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=CARREGISTRATION&lang=de>

b) Wettbewerbsrecht

1. Durchsuchung bei europäischen E-Book-Verlagen

Die Kommission bestätigte, dass am 01.03 unangemeldete Durchsuchungen wegen Kartellverdachts bei Verlegern von elektronischen bzw. digitalen Büchern in mehreren Mitgliedstaaten durchgeführt worden sind. Nach Presseberichten sind die französischen Großverleger Albin Michel, Hachette, Flammarion und Gallimard betroffen. Der deutsche Medienkonzern Bertelsmann erklärte, nicht kontaktiert worden zu sein. Vermutet wird, dass auch gegen die britischen Verlage Pearson und Bloomsbury Verfahren laufen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/126&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. Übernahme von Kew Green durch Bank of Scotland und Barclays Bank

Die Kommission hat den Erwerb der gemeinsamen Kontrolle an Kew Green Hotels Limited durch die Bank of Scotland plc, die wiederum von Lloyds Banking Group plc (LBG) kontrolliert wird, und durch die Barclays Bank plc genehmigt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/238&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
http://europa.eu.int/comm/competition/mergers/cases/index/m83.html#m_6058

VI. Wirtschaft und Finanzen

a) Wirtschaft

1. Europäische Zentralbank hält Zinsniveau konstant

Der EZB-Rat beschloss am 03.03. wie erwartet, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagenfazilität unverändert bei 1,00 %, 1,75 % bzw. 0,25 % zu belassen. EZB-Präsident Trichet warnte aber noch stärker als vor einem Monat vor Gefahren für die Preisstabilität. Die Inflation habe im Februar bei 2.4% gelegen, nach 2.3% im Januar. Der Stab der EZB gehe für 2011 von einer Inflation zwischen 2.0 und 2.6% und für 2012 zwischen 1.0 und 2.4% aus. Beim Wirtschaftswachstum erwarte der Stab für 2011 für das Eurogebiet zwischen 1.3 und 2.1% und für 2012 zwischen 0.8 und 2.8%. Gegenüber der letzten Vorausschätzung vom Dezember sind die unteren Werte für Wachstum und Inflation angehoben worden.

<http://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2011/html/pr110303.de.html>
<http://www.ecb.europa.eu/press/pressconf/2011/html/is110303.en.html> (Trichet)
<http://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/other/ecbstaffprojections201103en.pdf>

2. Weiterhin unbeschränkte Liquidität zum Leitzinssatz

Der EZB-Rat beschloss am 03.03. ferner eine Verlängerung der unbeschränkten Liquiditätsversorgung der Banken zum Satz des Leitzinses mindestens bis Mitte des Jahres. Am 29.06. wird ein Dreimonatstender zu diesen Bedingungen durchgeführt. Der Leitzins könnte aber angehoben werden, wenn die Inflationsbekämpfung es erfordert. Der EZB-Rat bekundete größte Wachsamkeit und zeigte sich entschlossen, gegen Zweitrundeneffekte wie eine Lohn-Preis-Spirale vorzugehen. So dürften die gestiegenen Importpreise für Energie und unverarbeitete Lebensmittel nicht zum Anlass für Tariflohnerhöhungen genommen werden. Aus der Wortwahl von EZB-Präsident Trichet sowie aus dem Fehlen des üblichen Hinweises auf die Angemessenheit des Leitzinses schlossen Beobachter auf eine Leitzinserhöhung am 07.04.

<http://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2011/html/pr110303.de.html>
<http://www.ecb.europa.eu/press/pressconf/2011/html/is110303.en.html> (Trichet)
<http://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/nachrichten/ezb-praesident-trichet-laeutet-die-zinswende-ein/3911274.html>

3. Europäische Bankenaufsicht startet Stresstest für Banken

Die Europäische Bankaufsichtsbehörde (EBA) übermittelte am 04.03. den Banken die Details eines von der Europäischen Zentralbank entworfenen Szenarios für den Test. Dieser soll wesentlich härter als der vor einen Jahr durchgeführte Stresstest ausfallen und nicht nur die Eigenkapitalausstattung, sondern auch die Liquidität zum Gegenstand haben. Abgedeckt werden sollen nicht nur ein Konjunkturerinbruch, sondern auch länderspezifische Schocks bei Immobilienpreisen, Zinsen und Staatsanleihen. Nach einer Diskussionsphase werden am

18.03. die endgültigen Szenarien und die für den Test ausgewählten Banken veröffentlicht. Erfasst werden soll eine größere Zahl von Banken. Die Stresstestmethodologie wird voraussichtlich im April und das Endergebnis im Juni bekannt gegeben werden.

<http://www.eba.europa.eu/News--Communications/Year/2011/The-EBA-completes-its-top-management-structure-and.aspx>

4. Rekordbuße gegen Siemens bestätigt

Mit Entscheidung vom 24. 01.07 verhängte die Kommission gegen 20 Gesellschaften Geldbußen in Höhe von insgesamt 750 712 500 Euro wegen ihrer Beteiligung an einem Kartell auf dem Markt für gasisolierte Schaltanlagen. Das europäische Gericht bestätigte die gegen Siemens Deutschland verhängte Geldbuße von 396,6 Mio. EUR. Es setzte jedoch die Geldbußen von Alstom und den Gesellschaften der Areva-Gruppe sowie gegen Siemens Österreich, KEG, Siemens Transmission & Distribution Ltd (Reyrolle), Siemens Transmission & Distribution SA (SEHV) und Magrini herab.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2011-03/cp110015de.pdf>

5. Bessere Aussichten für europäische Wirtschaft

Für 2011 erwartet die Kommission ein reales Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) von 1.8% in der EU und 1.6% im Euroraum. Damit korrigierte sie am 01.03. in ihrer Zwischenprognose die Erwartungen aus dem Herbst leicht nach oben. Hintergrund seien die besseren Aussichten für die Weltwirtschaft und das positive Wirtschaftsklima in der EU. Für Deutschland wird ein Wachstum von 2.4% statt bisher 2.2% prognostiziert. Die Kommission hob allerdings auch ihre Inflationserwartungen für 2011 auf 2.5% in der EU und 2.2% im Eurogebiet an. Gründe seien höhere Preise für Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/243&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/economy_finance/articles/eu_economic_situation/2011-03-01-interim_forecast_en.htm

6. BIP im Euroraum im vierten Quartal um 0,3% und in EU um 0,2% gestiegen

Im Vergleich zum Vorquartal ist das BIP im vierten Quartal 2010 im Euroraum (ER16) um 0,3% und in der EU27 um 0,2% gestiegen. Dies geht aus zweiten Schätzungen hervor, die von Eurostat veröffentlicht werden. Im dritten Quartal 2010 hatten die Wachstumsraten +0,3% im Euroraum und +0,5% in der EU27 betragen. Im Vergleich zum vierten Quartal 2009 ist das saisonbereinigte BIP im Euroraum um 2,0% und in der EU27 um 2,1% gewachsen, nach +1,9% bzw. +2,2% im Vorquartal.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/11/35&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

7. Jährliche Inflationsrate im Euroraum im Januar auf 2,3% gestiegen

Die jährliche Inflationsrate im Euroraum lag im Januar 2011 bei 2,3%, gegenüber 2,2% im Dezember 2010. Ein Jahr zuvor hatte sie 0,9% betragen. Die monatliche Inflationsrate betrug -0,7% im Januar 2011. Die jährliche Inflationsrate der EU lag im Januar 2011 bei 2,7%, unverändert gegenüber Dezember 2010. Ein Jahr zuvor hatte sie 1,7% betragen. Die monatliche Inflationsrate betrug -0,4% im Januar 2011.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/11/29&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

8. Zunehmende Erholung bei den Übernachtungen in Hotels im Jahr 2010

Im Jahr 2010 wurden in der EU27 1,6 Milliarden Übernachtungen in Hotels und ähnlichen Betrieben verbracht. Verglichen mit 2009 ist dies ein Anstieg um 2,8%, nach zwei aufeinanderfolgenden jährlichen Rückgängen von 0,3% im Jahr 2008 und 3,7% im Jahr 2009. In der EU27 erhöhte sich im Jahr 2010 die Anzahl der Hotelübernachtungen von Inländern im eigenen Land um 1,1% und die Hotelübernachtungen von Nichtinländern stiegen um 5,1%. Von den Mitgliedstaaten verzeichneten Spanien (268 Millionen Nächte, +6,4% gegenüber 2009), Italien (245 Mio., -0,8%), Deutschland (229 Mio., +5,8%), Frankreich (196 Mio., +2,4%) und das Vereinigte Königreich (166 Mio., -2,1%) die höchste Anzahl an Hotelübernachtungen im Jahr 2010. Die niedrigsten Anteile an Nichtinländern verzeichneten Rumänien (18%), Deutschland (21%), Schweden (23%), Finnland (27%) und Polen (30%).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/11/30&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Energie

1. Orientierungen für europäische Strategie „Energie 2020“

Die EU-Energieminister betonten am 28.02., dass die Strategie "Energie 2020" zu einem energieeffizienteren und ressourcenschonenderen, nachhaltigen, emissionsarmen, sicheren, vernetzten und wettbewerbsfähigen Europa beitragen soll. Die Strategie sollte ferner in die Klimaperspektive des Jahres 2050 gerückt werden. Notwendig sei die Vollendung des Energiebinnenmarktes bis 2014. Die Energieeffizienz der EU sei bis 2020 um 20% zu steigern, wobei allerdings nationalen Besonderheiten Rechnung zu tragen sei. 2013 sollten zusätzliche Zielvorgaben für Energieeffizienz geprüft werden. Die Genehmigungsverfahren für neue Energieinfrastrukturmaßnahmen seien, unter Beachtung der nationalen Verwaltungspraxis, zu straffen. Die Finanzierung müsse grundsätzlich vom Markt bereit gestellt werden. Zu beachten sei auch die heimische Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen, fossilen Brennstoffen (einschließlich Schiefergas und Ölschiefer) und – in Ländern, die sich dafür entscheiden – Kernkraft. Zu fördern seien neue Technologien für Stromspeicherung, nachhaltige Biokraftstoffe, intelligente Netze und intelligente Städte sowie zu sauberen Fahrzeugen.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st06/st06207-re01.de11.pdf>

2. Integrität und Transparenz des Energiemarkts

Die EU-Energieminister nahmen am 28.02. einen Sachstandsbericht zum Verordnungsvorschlag über die Integrität und Transparenz des Energiemarkts zur Kenntnis. Die ungarische Präsidentschaft hat im Januar eine wöchentliche Prüfung durch die Ratsgremien gestartet und strebt, im Einklang mit den Beschlüssen des Europäischen Rats vom 04.02., eine rasche Einigung an. Alle Delegationen unterstützen das Ziel einer Bekämpfung von Marktmissbrauch. Umstritten ist noch die Ausgestaltung der Zusammenarbeit zwischen der europäischen Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER), den nationalen Regulierungsbehörden, den Wettbewerbsbehörden und anderen Einrichtungen sowie die Bereitstellung von Informationen durch die Marktteilnehmer oder Dritte.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st05/st05970-re01.de11.pdf> (Sachstandsbericht)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st17/st17825.de10.pdf> (Vorschlag)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st00/st00002.de11.pdf> (Europäischer Rat, 04.02.11)

3. Agentur für Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden aktiv

Energiekommissar Günther Oettinger und der slowenische Ministerpräsident Borut Pahor haben am 03.03. in Ljubljana, Slowenien, die Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (Agency for the Cooperation of Energy Regulators, ACER) offiziell eröffnet.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/246&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
<http://acer.europa.eu/>

c) Finanzen

1. Konsultation über „Europa-2020-Projektanleihen“ für Infrastruktur

Die Kommission leitete am 28.02. eine bis 02.05. laufende öffentliche Konsultation zur Initiative „Europa-2020-Projektanleihen“ ein. Bei diesem Projektanleihe-Modell sollen private Projektträger, die zur Finanzierung bestimmter Infrastrukturprojekte Anleihen ausgeben, von der EU Unterstützung erhalten. Die Rolle der Kommission und der EIB würde im Wesentlichen darin bestehen, einen Teil des Projektrisikos zu übernehmen. Dies würde das Rating der von den Projektträgern emittierten vorrangigen Schuldtitel verbessern und gewährleisten, dass diese Schuldtitel als Anleihen bei institutionellen Anlegern platziert werden können. Vorläufigen Schätzungen zufolge liege der Investitionsbedarf bei transeuropäischen Verkehrsnetzen, Energie und Informations- und Kommunikationstechnologien zwischen 1,5 und 2 Billionen EUR.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/236&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/121&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>
http://ec.europa.eu/economy_finance/consultation/index_en.htm

2. Europäische Zentralbank kauft weitere Staatsanleihen

In der Woche zum 25.02. erwarb die EZB für 0.4 Mrd. EUR Staatstitel. In der Vorwoche waren es 0.7 Mrd. EUR und davor gab es drei Wochen lang keine Ankäufe. Der Gesamtbestand der im Rahmen des Programms für die Wertpapiermärkte getätigten Ankäufe beläuft sich somit auf insgesamt 77,5 Mrd EUR.

<http://www.ecb.europa.eu/press/pr/wfs/2011/html/fs110301.de.html>

3. Weniger Gewinn für Europäische Zentralbank

Die EZB erzielte 2010 einen Überschuss von 1 334 Mio €; das Geschäftsjahr 2009 hatte sie mit einem Überschuss in Höhe von 2 218 Mio € abgeschlossen. Ursachen waren insbesondere niedrigere Zinssätze sowohl für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems als auch für die Währungsreserven in US-Dollar sowie die Tatsache, dass 2010 kein Gold veräußert wurde. Der EZB-Rat beschloss, der Rückstellung für Risiken zum 31. Dezember 2010 einen Betrag in Höhe von 1 163 Mio € zuzuführen und diese dadurch auf ihren derzeitigen Höchstbetrag von 5 184 Mio € zu erhöhen. Der ausgewiesene Nettogewinn der EZB für das Jahr 2010 betrug folglich 171 Mio €. Auf der Sitzung am 03.03. entschied der EZB-Rat, diesen Betrag in voller Höhe an die nationalen Zentralbanken des Euroraums auszuschütten.

http://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2011/html/pr110303_1.de.html

4. Esten haben Euro angenommen

Nach einer Eurobarometerumfrage sind 87% der Esten der Meinung, dass die Einführung des Euro am 01.01. glatt verlaufen sei. 88% fanden den Übergang von der Krone zum Euro leicht und hielten die doppelte Preisauszeichnung für nützlich. Allerdings befürchtet über die Hälfte der Esten, dass der Euro die Inflation in Estland verschärfen wird.

http://ec.europa.eu/public_opinion/topics/euro_en.htm#309 and
http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_309_sum_en.pdf

VII. Justiz und Inneres

a) Justiz

1. Aufnahme von Asylbewerbern in Griechenland weiterhin mangelhaft

Anlässlich der Überführung der Grenzschutzaktion RABIT der EU-Grenzagentur FRONTEX in die Operation Poseidon, rief Kommissarin Cecilia Malmström die Mitgliedstaaten zu weiterer Unterstützung für Griechenland auf. Griechenland müsse aber auch seine Bemühungen zum Schutz der Grenze und zur Migrations-Zusammenarbeit mit der Türkei verbessern und dafür sorgen, dass alle ankommenden Migranten menschenwürdig aufgenommen würden. Die Kommission habe Griechenland finanzielle Mittel dafür bereit gestellt. Das vom EU-Flüchtlingsunterstützungsbüro entsandte Team sei in der letzten Februarwoche angekommen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/129&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. Verhandlungen über Visumerleichterungen mit Belarus

Der Rat hat in seinen Schlussfolgerungen vom 31.01. daran erinnert, welche Bedeutung er der Förderung direkter persönlicher Kontakte mit Belarus zum Wohle der gesamten belarussischen Bevölkerung beimisst, und dass er den Verhandlungen mit Belarus über Visumerleichterungen und Rückübernahmeabkommen erwartungsvoll entgegensieht, die nach der Annahme der entsprechenden Verhandlungsrichtlinien beginnen sollten. Der Rat ermächtigte nunmehr am 28.02. die Kommission zur Aufnahme von Verhandlungen im Hinblick auf den Abschluss von Abkommen zwischen der EU und Belarus über die Erleichterung der Ausstellung von Visa für einen kurzfristigen Aufenthalt und über ein Rückübernahmeabkommen.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st06/st06354.de11.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st06/st06424.de11.pdf>

VIII. Umwelt und Verkehr

a) Umwelt

1. Ausschreibung für neue Umweltprojekte

Die Kommission hat ihre jährliche Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zur Finanzierung durch das europäische Finanzierungsinstrument für die Umwelt LIFE+ veröffentlicht. Die Vorschläge sollten einem der drei Teilbereiche des Programms entsprechen: Natur und biologische Vielfalt, Umweltpolitik und Verwaltungspraxis sowie Information und Kommunikation. Insgesamt stehen 267 Mio. EUR in Form von Kofinanzierungsmitteln für Finanzhilfvereinbarungen zur Verfügung. Schlusstermin für die Einreichung ist der 15. Juli 2011.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/240&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
<http://ec.europa.eu/environment/life/funding/lifeplus.htm>.
<http://ec.europa.eu/environment/life/contact/nationalcontact/index.htm>

2. Tschechisches Emissionshandelssystem lahmgelegt

Die tschechische Delegation berichtete am 28.02. im Rat Energie, dass am 18.01. über das Login und Passwort des tschechischen Emissionsregister-Verwalters 1.175 Mio. Emissionszertifikate ins Ausland verschoben worden sind. Der Angriff sei von einer unbekannten Quelle ausgegangen, die sich die Administratorenrechte über einen Trojaner beschafft habe. Der Virus sei entfernt. Das Emissionshandelsregister sei am 23.02. wiedereröffnet worden. Es sei aber noch nicht möglich, Transaktionen durchzuführen.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/11/st07/st07053.en11.pdf>

b) Verkehr

1. Luftfahrt kann neuen europäischen Satellitennavigationsdienst nutzen

Am 02.03. hat die Kommission den sicherheitskritischen EGNOS-Dienst (Safety-of-Life Service) für die Luftfahrt gestartet. Das System EGNOS ermöglicht präzise Anflüge und macht so die Navigation sicherer. EGNOS ist ein satellitengestütztes Ergänzungssystem, das die Genauigkeit von GPS-Signalen in ganz Europa verbessert. Es ist auch der Vorläufer von Galileo, dem globalen Satellitennavigationssystem, das die EU derzeit entwickelt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/247&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
http://ec.europa.eu/enterprise/policies/satnav/egnos/safety-of-life-services/index_en.htm

2. Zusammenarbeit mit USA bei Forschung im Bereich der Zivilluftfahrt

Der Rat fasste am 28.02. einen Beschluss über die Unterzeichnung – im Namen der Union – und vorläufige Anwendung der Kooperationsvereinbarung zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der EU über die Zusammenarbeit bei der Forschung und Entwicklung im Bereich der Zivilluftfahrt.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st06/st06658-ad01.de11.pdf>
<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st06/st06658.de11.pdf>

IX. Medien und Informationsgesellschaft

1. Fortschritte bei Digitaler Agenda

In einer Rede am 01.03. auf der CeBIT in Hannover erklärte Kommissionsvizepräsidentin Neelie Kroes, dass 10% der Digitalen Agenda verwirklicht seien. 80% seien im Zeitplan und nur 10% seien verzögert. Rückstände gebe beim Ausbau der Breitbandnetze und bei der Senkung der Roamingkosten. Sie kündigte weitere Details zu den erzielten Fortschritten an, die im Mai in einer ersten Bewertungsliste ("Scorecard") vorgestellt würden. In einer weiteren Rede hob sie das Potenzial für Cloud computing hervor. Die Kommission finanziere mehrere Projekte in diesem Bereich und arbeite an einer Strategie für Cloud computing im Rahmen der Digitalen Agenda.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/9777_de.htm
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/11/132&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/128&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

X: Bildung, Forschung, Kultur

1. Forschungskommissarin lobt deutsche Forschungsförderung

Kommissarin Geoghegan-Quinn hat während ihres Besuchs in Baden-Württemberg am 04.03. die deutsche Förderung von Forschung und Entwicklung (F&E) gewürdigt. Deutschland liege an der Spitze der innovativsten Länder der EU. Bewerber aus Deutschland gehörten beim 7. Europäischen Forschungsrahmenprogramm zu den erfolgreichsten. Sie machten 15,6 Prozent der Teilnehmer aus und erhielten insgesamt Unterstützung von 2,6 Milliarden Euro. Sie unterstrich dabei auch die hohen Innovationsleistungen Baden-Württembergs. Die Rate der Investitionen in F&E liege in der Region mit 4,4 Prozent am Bruttoinlandsprodukt deutlich über dem Europäischen 3-Prozent-Ziel. Der Erfolg dieser Strategie zeige sich in der hohen Zahl der Patente aus der Baden Württemberg, welche beim Deutschen Patentamt 25 Prozent aller registrierten deutschen Patente ausmachten.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/9788_de.htm

2. Forschungsausgaben dürfen nicht Rotstift zum Opfer fallen

In ihrer Grundsatzrede am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim am 04.03. betonte Kommissarin Máire Geoghegan-Quinn, dass Investitionen in Forschung nicht Opfer notwendiger Haushaltskonsolidierung werden dürften. "Wir dürfen unser zukünftiges Wachstum und unsere Wettbewerbsfähigkeit nicht durch den Abbau von Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation riskieren. Diese Investitionen haben das Potenzial, mehr Arbeitsplätze und Wohlstand zu schaffen, als sie kosten." Die Kommissarin besuchte während ihres Aufenthaltes in Deutschland gemeinsam mit Bundesforschungsministerin Annette Schavan die Zentrale der Robert Bosch GmbH in Gerlingen-Schillerhöhe bei Stuttgart. In Heidelberg unterzeichnete sie eine Vereinbarung zur verstärkten Zusammenarbeit mit dem European Molecular Biology Laboratory.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/9788_de.htm

XI: Sonstiges

Oscars gehen an EU-geförderten Film „Die Rede des Königs“

EU-Kommissarin Androulla Vassiliou hat den großen Erfolg des EU-geförderten Films „Die Rede des Königs“ begrüßt, der bei der 83. Oscar-Verleihung am 27.02. in Hollywood mit vier Oscars ausgezeichnet wurde. Der Film, der im Rahmen des EU-Programms für Filmförderung, MEDIA, 562 000 EUR Vertriebsförderung erhalten hatte, erhielt die Preise für den besten Film, den besten Regisseur (Tom Hooper), den besten Hauptdarsteller (Colin Firth) und das beste Originaldrehbuch (David Seidler). Einem anderen MEDIA-geförderten Film, „In einer besseren Welt“ (Regie: Susanne Bier, Dänemark), wurde der Oscar für den besten nicht englischsprachigen Film verliehen.

<http://ec.europa.eu/media>

<http://www.cineuropa.org/ffocusvideo.aspx?lang=en&treeID=2194&documentID=194057> (Die Rede des Königs)

<http://www.cineuropa.org/video.aspx?lang=en&documentID=150262> (In einer besseren Welt)